

# Jasager und Neinsager

**Zypern.** Vor dem Referendum über die Wiedervereinigung verhärten sich die alten Fronten wieder. Der Termin wackelt.

Von Christiane Sternberg, Nikosia

Ganz wohl ist Tassos nicht in seiner Haut am Donnerstagmorgen. Schließlich hat er am Vorabend heftige Worte gefunden: „Die Türkei wird uns kolonisieren! Wir dürfen unser Land nicht verkaufen!“ Zum Schluss hat er auch noch gemeint. Und nun halten ihm die Leute vor, er wolle nur schlechte Stimmung machen. Gut: Seine Ansprache hielt Tassos nicht im Kaffeehaus an der Ecke, sondern im Fernsehen. Aber schließlich ist er der Präsident der Republik Zypern. „Ich kann meine Meinung sagen wie jeder andere Bürger auch“, erklärt Tassos Papadopoulos den Presseleuten trotzig.

So aufgewühlt von den Ereignissen ist zurzeit jeder der rund 750.000 Einwohner der Mittelmeerinsel. Am 24. April sollen sie in einem Referendum darüber entscheiden, ob sie nach 30 Jahren Teilung am 1. Mai als Vereinte Republik Zypern in die Europäische Union aufgenommen werden wollen.

Doch angesichts der verhärteten Fronten denkt man bereits über eine Verschiebung des Referendums nach.

Nikosia ist die letzte geteilte Hauptstadt der Welt. An den in zwischen durchlässigen Grenzübergängen erinnern Mahntafeln und vergilbte Fotos an die Gräueltaten der Vergangenheit an die Zeit des Bürgerkriegs, der nur eine Generation her ist. Die Politiker, die miteinander verhandeln, kämpften damals in gegnerischen Lagern.

**Angste.** Die griechische Mehrheit – 80 Prozent der Bevölkerung – ignoriert die Interessen der Zyperntürken nicht erst seit der Gründung der Republik im Jahr 1960. Die ungleiche Machtverteilung im Parlament führte damals zur Eskalation. Terror und Tote auf beiden Seiten waren die Folge. Die Zyperntürken zogen sich in Enklaven zurück – zehn Jahre lang wurden sie dort von ihren griechischen Landsleuten belagert. Als die griechische Militärjunta einen Putsch auf Zypern initiierte, schickte die Türkei ihre Truppen auf die Insel und besetzte fast 40 Prozent des Territoriums.

Die Griechen flüchteten in den Süden der Insel, die Türken reteten sich in den besetzten Norden. Danach gab es zwei Staaten auf der Insel, die knapp so groß ist wie Kärnten: die Republik

**Präsident Papadopoulos**  
„Wir dürfen unser Land nicht verkaufen!“



„Oxi“ – „Nein“  
Im Süden überwiegt die Ablehnung der Vereinigung

Zypern im Süden und seit 1983 die türkische Republik Nordzypern, die völkerrechtlich nicht anerkannt ist. Seit 40 Jahren patrouillieren UN-Friedenstruppen im Land. Alle Verhandlungen schlugen lange fehl.

Der Plan von UN-Generalsekretär Kofi Annan, der jetzt zur Entscheidung steht, ist ein 9000 Seiten umfassendes Werk. Es enthält detaillierte Regelungen für das Zusammenleben von Zyperntürken und Zyperngriechen in einem föderativen Gebilde mit zwei ethnisch mehr oder weniger homogenen Teilstaaten. Bis hin zur prozentualen Farbverteilung auf der Flagge ist alles minutiös geregelt.

Doch die Neinsager sind in der Überzahl. Überall im Süden begegnet man im Straßenbild den „Oxi“(Nein)-Aufklebern. „Der Plan ist ein Verbrechen gegen Zypern“, schimpft Pambos, ein Lehrer aus Nikosia. Der schärfste Protest gilt dem Verbleib von türkischem Militär auf der Insel. Aber auch Rückgabe und Entschädigung des 1974 zurückgelassenen Eigentums sind in den Augen der 200.000 Vertriebenen nur unzureichend geregelt, ebenso die Möglichkeit, in die ehemaligen Heimatdörfer im Norden zurückzukehren.

Darüber wiederum sind die Zyperntürken eher froh. Denn wenn in ihren Gemeinden die Zyperngriechen wieder in der Überzahl sind, wie die Türken befürchten, könnte sich die Geschichte wiederholen. „Ich will eine Garantie, dass ich morgens noch lebe, wenn ich abends ins Bett gehe“, sagt Hilmi, ein Schneider aus dem Nordteil

von Nikosia. Die geplante Reduktion der 35.000 Mann starken türkischen Truppe flößt ihm die alte Angst wieder ein. Dennoch überwiegt im türkischen Teil Zyperns die Zustimmung zum Plan. Premier Mehmet Ali Talat hat eine „Evet“(Ja)-Kampagne ins Leben gerufen. Ihr Motto: Vergeben bedeutet Vereinigung, Vereinigung bedeutet Europa, und Europa bedeutet wirtschaftlichen Aufschwung für den international boykottierten Norden der Insel.

Im Süden des Landes, das mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 74 Prozent des europäischen Durchschnitts zu den künftigen Nettozahlern gehört, ticken die Uhren anders. Die Zyperngriechen fürchten, dass sie allein die auf 20 Milliarden Euro geschätzten Kosten für die Vereinigung mit dem armen türkischen Teil der Insel tragen müssten.

Ja oder nein? Diese Frage ist fast zu einer Begrüßungsformel geworden, wenn sich zwei Zyprioten begegnen. Präsident Papadopoulos warnt sein Volk vor einer Katastrophe, die Kommunistische Partei AKEL bittet bei der UNO um Terminaufschub, Minister treten zurück, Schüler demonstrieren für „Nein“, und Künstler bilden Lichterketten für ein gemeinsames „Ja“.

Die Vereinigung unter den Griechen scheinen im Aufwind zu sein. Oder hat die Wiedervereinigung doch noch eine Chance? „Der Plan ist ein Verbrechen gegen Zypern“, wiederholt Lehrer Pambos. „Aber wir haben keine andere Wahl, wenn wir Frieden auf Zypern wollen.“

